

ALFRED HERRHAUSEN

Denken__Ordnen__Gestalten

Reden und Aufsätze
Herausgegeben von Kurt Weidemann
bei Siedler

Um Freiheit und Offenheit (1989)

I.

Als Leitmotiv für meine Ausführungen habe ich die Integration gewählt; darunter verstehe ich die fundamentale Neuordnung Europas und deren wirtschaftliche Folgen. Diese Umwandlung hat zwei ineinander verflochtene Aspekte, nämlich:

- die wirtschaftliche und politische Vereinigung Westeuropas und
- die Reformen in Osteuropa.

Beginnen möchte ich mit einem kurzen Überblick über die Entwicklung in Westeuropa. Nach einer langen Periode der Stagnation ist die Europäische Gemeinschaft endlich aufgewacht und wendet sich nun energisch den vielen vor ihr liegenden Herausforderungen zu. Mit der Einheitlichen Europäischen Akte von 1987 ist ein klarer Rahmen für die Vollendung des europäischen Binnenmarktes und für die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion abgesteckt worden.

Das Programm für die Vollendung des Binnenmarktes 1992 kommt erheblich schneller voran, als von den Pessimisten erwartet, allerdings langsamer, als von den Optimisten erhofft. Im großen und ganzen wird der angestrebte Zeitplan eingehalten werden. Inzwischen spricht vieles dafür, daß die von 1992 ausgehenden Wachstums- und Beschäftigungsimpulse sogar noch kräftiger ausfallen werden als im sogenannten Cecchini-Report vorausgesagt. Außerdem werden diese Effekte früher wirksam. Damit bestehen gute Aussichten für ein anhaltend starkes Wachstum in den EG-Ländern bis in die frühen neunziger Jahre hinein. Das alles bedeutet, daß Europa jetzt viel besser in der Lage wäre, mit einer möglichen Rezession in Nordamerika fertigzuwerden, als in den siebziger oder frühen achtziger Jahren.

Als nächstes steht die stufenweise Verwirklichung der europäischen Währungsunion auf der Prioritätenliste der EG. Offensichtlich gehört zu einem gemeinsamen Markt auch eine gemeinsame Währung. Die insgesamt positiven Erfahrungen mit dem europäischen Währungssystem lassen das EWS als geeignet erscheinen, den Kern der angestrebten

europäischen Währungsunion zu bilden. Natürlich müssen hier noch eine ganze Reihe schwieriger Probleme gelöst werden. Die Verwirklichung der Währungsunion erfordert, daß die Teilnehmerstaaten viel von ihrer bisherigen wirtschaftspolitischen Autonomie opfern werden. Das betrifft beispielsweise die Wechselkurs- und die Geldpolitik, wird sich aber bis zu einem gewissen Grad wahrscheinlich auch auf die Finanzpolitik erstrecken. Ich gebe zu, daß wir noch einen dornigen Weg vor uns haben, bin aber davon überzeugt, daß die Probleme gelöst werden können und das Jahr 2000 ein realistisches Ziel für die Verwirklichung der Währungsunion ist.

Die EG-Integration ist auch für Drittländer von großer Bedeutung. Sie sollten »Europa 1992« als Teil einer allgemeinen Entwicklung ansehen, nämlich der weltweiten Verflechtung der einzelnen Volkswirtschaften, die wir heute als Globalisierung der wirtschaftlichen Aktivitäten bezeichnen. Die europäische Integration und das Freihandelsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada sind keine voneinander unabhängigen Einzelercheinungen. Vielmehr sind sie beide Ausdruck einer wahrhaft globalen Entwicklung, zu der auch die derzeitigen Bemühungen gehören, die »Uruguay-Runde« des GATT zum Erfolg zu führen. Vor diesem Hintergrund erweisen sich Befürchtungen als offensichtlich unbegründet, die EG könne sich – wie eine Festung – einigeln. Europa muß und wird offenbleiben für dritte Länder im allgemeinen und seine europäischen Nachbarn im Osten im besonderen.

Die Europäische Gemeinschaft aus zwölf verschiedenen Ländern hat international an Ansehen gewonnen. Zudem hat der Fortschritt der EG-Integration bewiesen, daß freie Staaten durchaus in der Lage sind, auf freiwilliger Basis – unabhängig von einer Hegemonialmacht – eng zusammenzuarbeiten. Diese Erkenntnis hat die osteuropäischen Länder inspiriert und ermutigt, für ihr Recht auf Selbstbestimmung einzutreten, also für das Recht, eigene Modelle für politische und wirtschaftliche Reformen zu entwickeln.

II.

Gegenwärtig erleben wir eine Reihe von Entwicklungen in Osteuropa, die einen eindeutigen Bruch mit der Vergangenheit darstellen. Die Ereignisse überstürzen sich in atemberaubendem Tempo. Michail Gorbatschows »Glasnost« und »Perestrojka« haben die Sowjetunion umgekrempelt. In anderen Ländern Osteuropas erleben wir eine friedliche Revolution »von

unten«. Ungarn, Polen, Tschechoslowaken und Deutsche aus der DDR erheben sich und verlangen Freiheit: Meinungs- und Redefreiheit, Reisefreiheit, das Recht auf Selbstbestimmung und freie Wahlen. Kurz: Sie verlangen Demokratie, sie verlangen »Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk«. Gleichzeitig fordern sie einen Lebensstandard, der ihnen bislang vorenthalten wurde. Sie haben die Desaster der sozialistischen Planwirtschaft satt, die potentiell wohlhabende Gesellschaften an den Rand des Elends gebracht haben.

Grundlegende Reformen des bestehenden Wirtschaftssystems, wie sie schon in Ungarn, Polen und in der Sowjetunion begonnen haben und in der DDR sowie in der Tschechoslowakei ins Haus stehen, haben ihre Gefahren. Diese Reformen werden, was immer geschehen wird, ein langwieriger und mühevoller Prozeß sein. Erhebliche Anpassungsprobleme sind unvermeidlich und müssen überwunden werden, wenn der Übergang zur Marktwirtschaft gelingen, die wirtschaftliche Effektivität gesteigert und der Lebensstandard angehoben werden sollen. Wir werden an Alexis de Tocquevilles kluge Erkenntnis erinnert, daß autoritäre Regime genau dann in Schwierigkeiten geraten, wenn sie sich zum Besseren hin wandeln. Nach meiner Überzeugung müssen politische und wirtschaftliche Reformen Hand in Hand gehen, um Erfolg zu haben. Der Rückschlag in China in diesem Sommer, wo sich Reformen auf die Wirtschaft beschränkten, während die alten politischen Strukturen unverändert blieben, zeigte nur allzu deutlich, daß Freiheit unteilbar ist und nicht auf einzelne Teilbereiche des gesellschaftlichen Lebens begrenzt werden kann.

Bis jetzt hat die Führung der Sowjetunion zwar eine pluralistische Demokratie westlichen Zuschnitts für die UdSSR abgelehnt. Jedoch sind mit Glasnost, einem neuen Wahlverfahren und mehr Autonomie für die einzelnen Republiken wichtige Schritte in Richtung Demokratie getan worden. Auf jeden Fall hat der politische Wandel viel schnellere Fortschritte gemacht als die wirtschaftliche Umgestaltung. Gelingt es der Regierung nicht, die Versorgungsengpässe zu beseitigen oder zumindest abzumildern, dann kann sich die Verärgerung darüber zusammen mit den tiefsitzenden, latenten ethnischen Gegensätzen zu immer schärferen Konflikten aufschaukeln. Mit den wahrscheinlich schon in diesem Winter auftretenden Härten fertig zu werden, könnte sich als besonders schwierig erweisen.

Der Erfolg der Perestrojka ist jedoch notwendig und liegt auch im Interesse des Westens. Er würde auch anderen Ländern in Osteuropa mehr Spielraum für die Umgestaltung von Gesellschaft und Wirtschaft

geben und ist möglicherweise sogar Voraussetzung für weitere Fortschritte in den reformwilligen Ländern.

III.

Ich möchte etwas näher auf die besondere Situation in Polen eingehen. Neben den offensichtlichen Unzulänglichkeiten in der Organisation seiner Binnenwirtschaft muß sich Polen mit einer außergewöhnlich großen Auslandsverschuldung von fast vierzig Milliarden Dollar herumschlagen. Damit Wirtschaftsreformen im Inland zumindest eine Aussicht auf Erfolg haben, muß das Schuldenproblem zügig gelöst werden. Nachdem sich die Banken in der Vergangenheit zu regelmäßigen Umschuldungen bereitgefunden haben, kommt es jetzt auf ein Entgegenkommen der öffentlichen Gläubiger im Pariser Club an, auf die rund zwei Drittel der Auslandsschulden entfallen. Soll es zu einer dauerhaften Lösung kommen, muß man über die bisherigen Ansätze hinausgehen und Schulden- oder Schuldendienstreduktionen in die Strategie miteinbeziehen.

Aber auch hier kann eine großzügige Schuldenregelung allein die wirtschaftlichen Probleme nicht lösen. Polen ist gewiß auf materielle Unterstützung aus dem Westen angewiesen, die aber nur dann einen sinnvollen Beitrag zur Reformpolitik leisten kann, wenn sie so zweckgerecht und effizient eingesetzt wird, wie das in der Nachkriegszeit im zerstörten Westeuropa mit den Marshallplan-Geldern geschah. Diese entscheidende Vorbedingung ist aufgrund eines nach wie vor dominierenden Staatssektors mit vielfach unveränderten bürokratischen Strukturen nicht gegeben. Was ist zu tun? Die unentbehrliche Hilfe aus dem Ausland sollte meiner Meinung nach um ein zeitlich begrenztes Mitspracherecht der ausländischen Geldgeber bei der Verwendung der zur Verfügung gestellten Mittel ergänzt werden. Die Aufgabe besteht darin, sicherzustellen, daß die neuen Kredite in vielversprechende Investitionsprojekte fließen.

Deshalb ist es zu begrüßen, daß die Bundesregierung die vorgesehenen Garantien für Exportkredite an entsprechende Auflagen knüpft. Tatsächlich war es ein polnischer Vorschlag, solche Projekte von einer aus beiden Ländern gebildeten Expertenkommission prüfen zu lassen, um kostspielige Fehler, wie sie in den siebziger Jahren begangen worden waren, zu vermeiden.

In diesem Zusammenhang habe ich beim diesjährigen Jahrestreffen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) in

Washington vorgeschlagen, eine Entwicklungsbank vor Ort, also in Warschau, einzurichten. Ihre Aufgabe sollte sein, die materielle Hilfe zu bündeln und nach strengen Vergaberichtlinien einzusetzen. Ich könnte mir durchaus denken, daß eine solche Institution nach dem Grundmuster der Kreditanstalt für Wiederaufbau – deren Ursprung auf den Marshallplan zurückgeht – errichtet werden kann. Der Vorstand dieser neuen Institution sollte mehrheitlich mit Vertretern der Geberländer besetzt werden. Diese polnische »Anstalt für wirtschaftliche Erneuerung« (AWE), wie sie genannt werden könnte, hätte zweierlei Aufgaben: Sie sollte helfen und kontrollieren. Da beides nur in enger Zusammenarbeit mit den polnischen Behörden sowie Wirtschaft und Industrie geschehen kann, ist ihre enge Einbindung in die polnische Wirtschaft und den Entwicklungsprozeß des Landes unverzichtbar. Diese Institution könnte »auf Zeit« errichtet werden oder nach einer Übergangszeit in polnische Verantwortung übergehen. Sie könnte einen wichtigen Beitrag zur Wirtschaftsreform leisten, indem sie westliche »Hilfe zur Selbsthilfe« sinnvoll kanalisiert.

Ähnliche Institutionen ließen sich selbstverständlich auch in anderen Ländern etablieren. Frankreich hat als Alternative zu speziellen Instituten für jedes einzelne Land vorgeschlagen, eine Europäische Entwicklungsbank zu errichten, analog den schon existierenden Institutionen dieser Art für Afrika, Asien und Lateinamerika. Diese »European Development Bank« (EDB) wäre für alle osteuropäischen Länder zuständig und würde in der gleichen Weise operieren wie die empfohlene »Anstalt für wirtschaftliche Erneuerung«. Der französische Vorschlag, der weitgehend meinen Vorstellungen entspricht, wird gegenwärtig geprüft.

Ich habe in diesem Zusammenhang allerdings drei spezielle Anliegen: Erstens dürfen die Gelder für eine Europäische Entwicklungsbank nicht von den Etats für Entwicklungshilfe in der Dritten Welt abgezogen werden. Zweitens muß die Bank schleunigst gegründet werden; denn in der gegenwärtigen Lage ist schnelles Handeln unabdingbar. Drittens sollte die Bank jedem osteuropäischen Land Projekt-Kredite gewähren, das bereit ist, bestimmte Bedingungen zu akzeptieren, die in etwa denen des IWF entsprechen. Mitgliedschaft im IWF wäre zu begrüßen, darf aber nicht zur Vorbedingung für den Zugang zu Krediten gemacht werden. In diesem Fall kämen nämlich von den Reformländern nur Ungarn und Polen für eine Kreditvergabe in Frage, nicht aber die DDR oder die Tschechoslowakei; das wäre sicher nicht im Sinne der Sache.

IV.

— 86 —

Wie ist die gegenwärtige Situation in den beiden deutschen Staaten einzuschätzen? Deutschland steht im Mittelpunkt der neuen Entwicklungen in Europa. Als Folge des Kalten Krieges ist unser Land seit 1948 geteilt, ein ganz unnatürlicher Zustand. 28 Jahre lang hinderte die Berliner Mauer die Deutschen daran, sich frei zu bewegen. In den letzten beiden Monaten haben nun die Bürger der DDR ihre Regierung mit viel Mut zu politischen Veränderungen gezwungen, die vorher niemand für möglich gehalten hätte. Sie gipfelten in der Öffnung der Mauer, einem Akt, dessen mächtiger Symbolgehalt die Weltöffentlichkeit in Atem hielt. Trotz der allgemeinen Euphorie konnte die Ironie der Geschichte nicht verborgen bleiben: Die Mauer war errichtet worden, um die Bevölkerung im Land zu halten, und nun mußte sie aus exakt dem gleichen Grund geöffnet werden. Natürlich unterscheidet sich die Lage der DDR von der Ungarns oder Polens; sie ist in mancher Hinsicht viel komplizierter. Die DDR ist – falls dieses Wort noch stimmt – der »Frontstaat« des Warschauer Paktes. Und sie grenzt an den anderen deutschen Staat, an dem sie sich stets zu messen hat.

Die Öffnung der Mauer hat die Frage nach der deutschen Wiedervereinigung aufgeworfen. Vielleicht sollten wir besser »Einigung« sagen. Nach meiner Meinung ist ein geeinter deutscher Staat unbedingt wünschenswert, nicht wegen der Größe oder der Macht, die solche Größe verleihen könnte, sondern weil dies – historisch, kulturell und unter menschlichen Gesichtspunkten – ein natürliches Bestreben ist.

Nun wird in einigen Teilen der westlichen Welt befürchtet, Deutschland könne zugunsten seiner Wiedervereinigung die Nato verlassen und Neutralität anstreben. Manche Beobachter meinen, dies sei alles, was Gorbatschow aus den politischen Umwälzungen in Osteuropa retten könnte. Meiner Ansicht nach wäre Gorbatschow jedoch nicht gut beraten, wenn er dies fordern sollte. Niemand, nicht einmal die Sowjets, könnten daran interessiert sein, ein isoliertes großes Land mit fast achtzig Millionen Einwohnern mitten in Europa zu haben, das zwischen Ost und West hin- und herschwankt. Soweit es meine Landsleute betrifft, bin ich überzeugt, daß sie, vor eine solche Wahl gestellt, sagen würden: »Nein danke.« Es wäre mit Sicherheit unlogisch, wollten wir unsere Bindungen an die westliche Gemeinschaft lockern, just zu einem Zeitpunkt, da unsere östlichen Nachbarn

für die westlichen Vorstellungen von Demokratie und für marktwirtschaftliche Systeme empfänglich geworden sind. Unsere Regierung und unser Parlament haben es für jeden, der hören will, überdeutlich gemacht, daß die Bundesrepublik keineswegs an einen Alleingang denkt.

Es ist nicht verfrüht, die Möglichkeiten und Konsequenzen einer deutschen Vereinigung zu analysieren. Zwei Dinge dürfen jedoch dabei nicht außer acht gelassen werden: Erstens ist es Sache des Volkes, zu entscheiden, wohin es gehören will, also in erster Linie Sache der Deutschen in der DDR. Daß ihnen Freiheit und Selbstbestimmung eingeräumt werden, ist wichtiger als ein geeintes Deutschland. Wenn sie dann später diese Freiheit dazu nutzen sollten, sich für engere Beziehungen zum Westen oder gar für eine Einigung zu entscheiden, würde dies sicherlich in der Bundesrepublik begrüßt. Gegenwärtig aber ist diese Frage noch völlig offen.

Zweitens: Ein solches Unternehmen wäre im Hinblick auf die enormen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Unterschiede ein schwieriger und gewiß langandauernder Prozeß. Zwar hat die DDR in Osteuropa den höchsten Lebensstandard, doch ist die Kluft zur Bundesrepublik beträchtlich. Jetzt, da das Reisen zwischen den beiden deutschen Staaten in Richtung Ost-West nicht mehr eingeschränkt ist, muß die DDR alles tun, um die Stagnation ihrer Wirtschaft zu überwinden, ihre Effizienz zu steigern, den Lebensstandard zu verbessern und ernsthaft den Schutz der Umwelt zu betreiben, damit das Land als Heimat für seine Bürger attraktiv bleibt.

Wie läßt sich das erreichen? Es ist klar, daß das starre und bürokratische Planungssystem versagt hat. Die Wirtschaft ist in der Vergangenheit miserabel geführt worden, doch das System als solches kann wahrscheinlich zu einem gewissen Grad verbessert werden. Zum Beispiel könnten die Preise enger den Produktionskosten angeglichen werden, die Planung könnte weniger rigide sein und den großen Kombinat mehr Eigenverantwortung einräumen; Außenhandel und Währungsgesetze könnten flexibler als bisher gehandhabt werden. Das ist es offenbar, was Hans Modrow, der neue Ministerpräsident, mit seiner Formel ausdrücken will: »Keine Planung ohne Markt, aber keine Marktwirtschaft an Stelle der Planwirtschaft.« Was dies etwas schwammig formulierte Prinzip genau bedeutet, muß sich allerdings noch zeigen.

Verbesserungen innerhalb des bestehenden Wirtschaftssystems scheinen also möglich; gleichwohl bezweifle ich, daß sie für den großen Sprung nach vorn ausreichen, der vonnöten ist. Ich glaube, dazu bedarf es

— 88 —
einer grundlegenden Reform. Ein Modell, das von einigen Leuten sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik vorgeschlagen wird, ist der sogenannte »dritte Weg«. Das soll eine Art *via media* sein, die freie Preisbildung mit Sozialismus vereinigt, wobei Sozialismus hier als volkseigener Besitz an den Produktionsmitteln aufgefaßt wird. Ich halte diese Idee für pure Illusion. Man kann nur eine Art der Koordination haben, zentrale Planung oder freien Wettbewerb mit ungebundenen Preisen, die unabhängigen Unternehmern die notwendigen Signale geben. Und damit der Preismechanismus funktioniert, braucht man private Eigentümer, die bereit sind, Verantwortung zu tragen und Risiken einzugehen. Jegliche Mischformen, etwa ein sozialistisches Marktsystem, das auf dem Wettbewerb volkseigener Unternehmen beruht, sind zum Scheitern verurteilt. Die Beispiele Jugoslawien und Israel haben dies sehr deutlich gemacht. Selbstverständlich gilt all dies nicht nur für die DDR, sondern auch für die anderen Ostblockländer.

Ich glaube, das wirtschaftliche Gefälle kann ohne Einführung einer Marktwirtschaft westlichen Stils, die auf freier Preisbildung und Privateigentum beruht, nicht beseitigt werden. Was die DDR braucht, ist eine Kombination aus drei Reformen, einer Preisreform, einer Währungsreform und einer Reform der Besitzverhältnisse, insbesondere die Wiedereinführung des Rechts auf privates Eigentum in wichtigen Wirtschaftsbereichen. In den westlichen Besatzungszonen war das 1948 viel einfacher. Damals waren nur zwei Maßnahmen nötig, die von den Alliierten durchgeführte Währungsreform und Ludwig Erhards Aufhebung der Preiskontrollen, um den Weg zum deutschen »Wirtschaftswunder« zu ebnen. Eine Reform der Eigentumsverhältnisse war nicht notwendig. Wir müssen mithin zugestehen, daß die Aufgaben, die sich heute in der DDR stellen, um einiges schwerer sind.

Die Eigentumsreform wird vermutlich am schwierigsten sein. Die Geschichte kennt dafür kaum eine Parallele. Wie kann diese Reform angepackt werden? Ich sehe hier zwei Strategien, die miteinander zu kombinieren wären. Erstens sollte die Gründung von Privatunternehmen ohne Wenn und Aber erlaubt werden. Private Firmen könnten rasch in Märkte expandieren, die bislang vernachlässigt worden sind, wie Dienstleistungen und neue Technologien. Sie könnten auch dort einspringen, wo Staatsbetriebe ihre eigenen Aktivitäten eingestellt haben. Dieser Ansatz hätte den Vorteil, daß er sofort realisiert werden könnte.

Der zweite Ansatz wäre eine umfassende Privatisierung der Staatsbetriebe. Am einfachsten wäre es, die großen Kombinate in Aktiengesellschaften umzuwandeln und ihre Anteile privaten Investoren anzubieten.

Dabei könnten Mitarbeiter bevorzugt berücksichtigt werden. Denkbar sind auch *management buyouts*. Ich bin mir darüber im klaren, daß es ein sehr schwieriges Unterfangen ist, eine Gesellschaft, die vierzig Jahre lang unter einem strikt sozialistischen Regime gelebt hat, in eine Gemeinschaft von gewinnorientierten Anteilseignern zu verwandeln. Selbstverständlich kann und muß dies schrittweise geschehen und sollte eng mit der Preis- und Währungsreform abgestimmt werden.

Preis- und Währungsreform sowie eine Reform der Eigentumsrechte würden einschneidende gesellschaftliche Umschichtungen in der DDR zur Folge haben. Viele Menschen im Osten, darunter führende Vertreter der Oppositionsgruppen, sind besorgt über die sozialen Kosten eines solchen Wandels, zumal wirtschaftlicher Erfolg mit Sicherheit nicht sogleich spürbar wäre. Ich bin jedoch davon überzeugt, daß, sofern im Osten die notwendigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden und der Westen entsprechende Unterstützung gewährt, die DDR-Wirtschaft und auch die anderen östlichen Volkswirtschaften ein eindrucksvolles Wachstum erleben werden. Ich glaube, speziell die DDR könnte innerhalb von etwa zehn Jahren den westlichen Lebensstandard erreicht haben.

V.

Als Folge der Veränderungen im Osten stehen auch der Bundesrepublik Probleme ins Haus. Insbesondere hat sie mit dem gewaltigen Übersiedlerstrom aus der DDR und der Zuwanderung deutschstämmiger Personen aus Rußland, Polen und anderen osteuropäischen Ländern fertig zu werden. Schätzungsweise werden in den Jahren 1988 und 1989 etwa 850 000 Deutsche aus dem Osten in die Bundesrepublik gekommen sein. Das entspricht immerhin fast 1,5 Prozent der Gesamtbevölkerung. Diese Einwanderungswelle hat bei manchem Bürger Besorgnis erregt. Besonders Arbeits- und Wohnungssuchende fürchten, daß der Zustrom ihre Chancen verringert. Diese Sorgen sind verständlich, doch unbegründet pessimistisch. Sie entspringen statischem Denken und lassen die Tatsache außer acht, daß Bevölkerungszunahme und eine wachsende Zahl von Arbeitskräften die Wirtschaft nachhaltig stimulieren.

Zum Glück hätte der Zustrom an Einwanderern zu gar keinem besseren Zeitpunkt kommen können; das Wirtschaftswachstum ist gegenwärtig beträchtlich, und wir haben in manchen Regionen bereits Schwierigkeiten, offene Stellen zu besetzen. Die Übersiedler, die mobil

— 90 —
und motiviert sind, werden hier »einspringen«. Ihr Durchschnittsalter liegt weit unter dem der einheimischen Bevölkerung. Vor allem diejenigen, die aus der DDR kommen, sind gut ausgebildet. Sie sind bereit, hart zu arbeiten, um hier gut leben zu können. Hinzu kommt, daß sie für gewöhnlich kaum Habseligkeiten mitbringen, mithin fast alles neu anschaffen müssen. Kurzum, der Übersiedlerstrom kräftigt die westdeutsche Wirtschaft sowohl auf der Nachfrage- als auch auf der Angebotsseite. Man schätzt, daß allein durch die Zuwanderung das Wirtschaftswachstum 1990 um nahezu ein Prozent höher ausfallen wird. Darum denke ich, der Zustrom neuer Bürger wird sich – trotz vorübergehender Engpässe in einigen Wirtschaftszweigen, etwa auf dem Wohnungsmarkt – im gleichen Maße als Glücksfall wie als Herausforderung erweisen.

VI.

Wie nun soll der Westen einschließlich der Bundesrepublik auf die Veränderungen in Osteuropa reagieren? Ich meine, wir sollten uns darüber einig sein, daß der Erfolg der Perestrojka auch im Interesse des Westens liegt. Die Erde würde dadurch zu einem friedvolleren Planeten. Das würde Mittel, die in der Rüstung gebunden sind, für nützlichere, friedliche Zwecke wie Umweltpolitik und Entwicklungshilfe freisetzen.

Darum sollte der Westen den östlichen Reformprozeß unterstützen. Das wäre eine lohnende Investition. Ich benutze das Wort »Investition«, um darauf hinzudeuten, daß jede Unterstützung vom Leitgedanken des Marshallplans getragen sein sollte. Dieser Gedanke war, die Empfängerländer zu Initiativen anzuregen, die sie in vergleichsweise kurzer Zeit zu einem Wachstum aus eigener Kraft befähigen. Ein zweites versteht sich von selbst: Wir können nur Länder unterstützen, die diese Hilfe selbst wünschen.

Ich habe schon auf einige mögliche Hilfsmaßnahmen wie Exportkredite und die Einrichtung einer Entwicklungsbank hingewiesen. Was könnte von der EG und anderen Ländern des Westens noch getan werden? Ich möchte drei Punkte hervorheben:

- Vordringlich muß die Nahrungsmittelknappheit überwunden werden. Beim Weltwirtschaftsgipfel wurde die EG beauftragt, diese Hilfe zu koordinieren. Die Regierungen sollten auch bereit sein, kurzfristige Zahlungsbilanzkredite bereitzustellen, um die Zeit zu überbrücken, bis die Reformen zu greifen beginnen.
- Zweitens sollte die Gemeinschaft ihre Märkte für Osteuropa

öffnen. Die EG hat schon Handelsabkommen mit Ungarn und Polen abgeschlossen. Andere Länder müssen folgen. Letztlich ist der Handel reinen Hilfsmaßnahmen immer vorzuziehen.

– Drittens sollten Unternehmen ermutigt werden, die Zusammenarbeit mit Partnerfirmen im Osten zu suchen. Dies würde unter anderem zu einer größeren Zahl von Joint-ventures führen, die heute schon in allen Ländern des Ostens – mit Ausnahme der DDR – möglich sind.

VII.

Den Eintritt von Ländern wie Ungarn und Polen in die EG zu erwägen, halte ich für verfrüht. EG-Mitgliedschaft setzt ein Mindestmaß an Homogenität voraus, vor allem hinsichtlich des Wirtschaftssystems, aber auch im Bereich der Infrastruktur und – bis zu einem gewissen Grad – auch beim Einkommensniveau.

Auch ist zu bedenken, daß die EG nicht nur eine wirtschaftliche, sondern in starkem Maße auch eine politische Organisation ist. Ich bin ein Verfechter der politischen Union als Fernziel der EG. Die Entwicklungen im Osten dürfen uns nicht dazu verleiten, dieses Ziel aus den Augen zu verlieren. Wollten wir jedem Land EG-Mitgliedschaft gewähren, das sie beantragt, so würden wir damit die politische Union der Gemeinschaft auf die lange Bank schieben, wenn nicht gar aufgeben. Offensichtlich ist es notwendig, Prioritäten zu setzen. Meiner Meinung nach sollten diese Fragen in den nächsten Monaten gründlich diskutiert werden, da schon bald eine Grundsatzentscheidung zu fällen ist.

Die Betonung der angestrebten politischen Union sollte nicht als eine Politik mißverstanden werden, die EG gegenüber Osteuropa abzuschotten. Ich habe schon hervorgehoben, daß die Märkte offengehalten werden müssen. Als eine realistische Alternative zur Mitgliedschaft ließe sich über eine Art Assoziierung verhandeln, ähnlich den Verträgen der EG mit einigen Mittelmeerländern.

Eine interessante Anregung haben einige deutsche Experten unterbreitet: Die osteuropäischen Länder könnten der EFTA beitreten, dem Europäischen Freihandelsabkommen. Wahrscheinlich müßte sich die EFTA dafür auf eine supranationale Struktur umstellen. Die EG strebt ohnehin ein besseres Verhältnis mit der EFTA an, um einen großen und dynamischen, europäischen Wirtschaftsraum zu schaffen. So gesehen könnten drei konzentrische Kreise in Europa entstehen. Die EG wäre der

— 92 — Kern, ihn würde als zweiter Kreis eine wahrscheinlich vergrößerte EFTA umgeben, und im dritten Kreis befänden sich die anderen europäischen Länder, die ungebunden bleiben wollen.

VIII.

Zu Beginn des Jahres 1989 dachten viele von uns, uns stünde wieder ein ganz gewöhnliches Jahr bevor, trotz der Tatsache, daß genau zweihundert Jahre zuvor der Sturm auf die Bastille die Französische Revolution eingeleitet hatte, fünfundsiebzig Jahre zuvor der Erste Weltkrieg ausgebrochen war und uns vor fünfzig Jahren Hitler in den Zweiten Weltkrieg stürzte. Heute aber wissen wir, daß 1989 als das bedeutendste Jahr seit dem Ausbruch des Kalten Krieges in die Geschichte eingehen wird. Die gegenwärtigen Umwälzungen in Europa werden tiefgreifende Folgen haben, sowohl für die Europäer als auch für die Vereinigten Staaten und ihre Rolle in Europa. Dabei ist es meiner Ansicht nach unbedingt notwendig, daß die engen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der EG fortbestehen.

Der amerikanische Politikstratege Fukujama empfand die Ereignisse von 1989 als so eindrucksvoll, daß er öffentlich erklärte, nun sei »das Ende der Geschichte« erreicht. Er begründet diese überraschende Behauptung so: Der Kommunismus ist am Ende, bekämpft und endgültig besiegt vom Konzept der offenen Gesellschaft und der privatwirtschaftlich orientierten Marktsysteme. Das läßt sich durchaus so sehen. Ohne Zweifel hat der Sozialismus in seiner konkreten historischen Form, ein Sozialismus der bürokratischen, zentralen Planung und der umfassenden staatlichen Kontrolle aller wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten, ausgespielt.

Doch der Kampf für offene Gesellschaften ist damit noch nicht ausgestanden. Zum einen können wir nicht sicher sein, daß im Osten keine orthodoxe Konterrevolution stattfinden wird. Zum anderen ist die intellektuelle Anziehungskraft eines auf Volkseigentum basierenden Pseudo-Marktsystems für viele Menschen weiterhin groß, und die Abneigung gegen den Kapitalismus ist in manchen, vor allem intellektuellen Kreisen ungebrochen. Mithin werden die Wirtschaftssysteme weiterhin im Wettbewerb stehen. Drittens ist das westliche Wirtschaftssystem selbst keineswegs für alle Zukunft gesichert. Wir beobachten immer wieder Tendenzen, interventionistischen Maßnahmen das Wort zu reden, eine nivellierende Politik zu betreiben, die Leistung und Initiative

bestraft, und den Staat zu ermächtigen, sich in den Privatbereich einzumischen. In den achtziger Jahren haben Maßnahmen der Angebotspolitik, wie Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung, verbunden mit Steuersenkungen und Preisstabilität die westlichen Volkswirtschaften erneuert. Doch sollten wir uns dessen bewußt sein, daß dies eine nie endende Aufgabe ist.

Freiheit – und Offenheit, die damit einhergeht – wird uns nicht geschenkt. Die Menschen müssen darum kämpfen, immer wieder. Solidarność in Danzig, die Bürger von Budapest und Prag, die friedlichen Demonstranten in den Straßen von Leipzig verdanken ihre Siege über den mächtigen Gegner dem Willen und der Entschlossenheit, die der Sehnsucht nach Freiheit und Wohlstand erwachsen, der gleichen Sehnsucht, die Generationen von Europäern zum Aufbruch in die Neue Welt getrieben hat, dorthin, wo das legitime »Streben nach dem Glück« als fundamentales Menschenrecht in die Unabhängigkeitserklärung geschrieben wurde. Hoffen wir, daß ihrem Streben nach einer funktionierenden Demokratie Erfolg beschieden ist; laßt uns ihnen dabei helfen, so gut wir können.

Die Geschichte ist noch nicht zu Ende. Im Gegenteil: Ich glaube, daß eine ganz bedeutende Phase der Menschheitsgeschichte gerade beginnt. Noch stehen sich Militärblöcke gegenüber, noch denken wir in den alten Kategorien von Machtinteressen, noch verteidigen wir Einflußsphären, spionieren einander aus und stecken Milliarden und Abermilliarden in die Rüstung.

Und doch: Ist es so illusionär zu meinen, daß die neue Geschichte, die wir jetzt zu schreiben haben, auf ein ganz anderes Zielkonzept hin ausgelegt ist, nämlich darauf, statt gegeneinander zu kämpfen oder sich zu bedrohen, im Rahmen der nationalen Zuständigkeiten und der internationalen Kooperationen miteinander dafür zu arbeiten, daß die wirklichen Probleme dieses Globus überwunden werden – die Nord-Süd-Problematik, die internationale Schuldenkrise, Terrorismus und Kriminalität, das Drogenproblem, Aids, die drohende Überbevölkerung und die mögliche ökologische Katastrophe!

Quellennachweis

Risiken und Chancen der Demokratie:

Vortrag anlässlich der Hundertjahrfeier der Continental Gummiwerke AG, Hannover, am 8. Oktober 1971.

Über das Persönlichkeitsprofil eines Spitzenmanagers:

Vortrag vor der Industrie- und Handelskammer Stuttgart am 8. November 1972.

Wirtschaft und Universität:

Vortrag zur Eröffnung der Universität Witten/Herdecke am 30. April 1983.

Konzepte für die Zukunft: Wirtschafts- und ordnungspolitische Alternativen:

Diesen Vortrag hat Alfred Herrhausen in den Jahren 1986 und 1987 mehrfach gehalten. Der hier wiedergegebene Text folgt dem Vortrag vor dem Wirtschaftsbeirat der Union in München am 30. Oktober 1986.

Denkmuster und Realität:

Diesen Vortrag hat Alfred Herrhausen 1989 zweimal gehalten. Zunächst als »Toast auf das neue Jahr« vor der Frankfurter Gesellschaft für Handel, Industrie und Wissenschaft. Der hier wiedergegebene Text folgt dem Vortrag zur 800-Jahr-Feier des Überseeclubs in Hamburg am 8. Mai 1989.

Wirtschaft und Presse:

Vortrag anlässlich des vierzigjährigen Jubiläums der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung in Düsseldorf am 23. Oktober 1989.

Um Freiheit und Offenheit:

Diesen Vortrag, der im englischen Originaltext den Titel »New Horizons in Europe« trägt, wollte Alfred Herrhausen als »Third Annual Arthur F. Burns Memorial Lecture« am 4. Dezember 1989 in New York vor dem »American Council on Germany« halten. Nach seiner Ermordung am 30. November 1989 veröffentlichte die Wochenzeitung »DIE ZEIT« in ihrer Ausgabe vom 8. Dezember 1989 eine deutsche Übersetzung, an die sich auch der hier wiedergegebene Text anlehnt.